
*****PRESSEMITTEILUNG*****

Mittwoch, 28. Juni 2017

Wertschöpfungsabgabe – ein Schuss, der nach hinten losgeht

Österreich weist im internationalen Vergleich eine hohe Abgabenquote auf. Im Jahr 2016 betrug diese 43,4 % des BIP. „Die hohe Abgabenlast ist eine schwere Bürde für Österreich im internationalen Wettbewerb“, sagt Tobias Thomas, Direktor des Wirtschaftsforschungsinstituts EcoAustria. Neben der Höhe spielt aber auch die Struktur der Abgaben eine wichtige Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung. Im diesem Zusammenhang wird in der politischen Diskussion eine Umschichtung der Finanzierung der sozialen Sicherung von den Lohnnebenkosten hin zu einer Wertschöpfungsabgabe vorgeschlagen. Diese soll nicht nur Löhne und Gehälter belasten, sondern auch Gewinne, Fremdkapitalzinsen etc. Neben der Verteilung der Finanzierungslasten bei der Sozialversicherung wird mit der Wertschöpfungsabgabe die Hoffnung verbunden, dass Arbeit im Vergleich zu Kapital günstiger wird, so dass Impulse für mehr Beschäftigung realisiert werden können.

„Die Argumentation betrachtet nur eine Seite der Medaille und vernachlässigt, dass die Wertschöpfungsabgabe wie eine Investitions- und Produktivitätsbremse wirkt“, so Thomas. „Berücksichtigt man alle relevanten Effekte, so führt die aufkommensneutrale Einführung einer Wertschöpfungsabgabe zugunsten der Senkung der Lohnnebenkosten nicht nur zu einer relativen Vergünstigung des Faktors Arbeit, sondern auch zu deutlichen Einbußen bei den Investitionen und geringerer Produktivität“, sagt Thomas. „Die Folgen sind ein schwächeres BIP-Wachstum, Verluste beim Konsum privater Haushalte und mittel- bis langfristig keine wesentlichen Effekte bei Beschäftigung und Arbeitslosigkeit trotz der Vergünstigung des Faktors Arbeit. Aus wirtschafts- und sozialpolitischer Sicht entpuppt sich die Wertschöpfungsabgabe als Schuss, der nach hinten losgeht“, erläutert Thomas. Ohne positive Effekte auf dem Arbeitsmarkt und zugleich negativen Effekten auf Investitionen, Wachstum und Konsum ist die Maßnahme daher aus volkswirtschaftlicher Sicht abzulehnen, so das Fazit einer heute veröffentlichten EcoAustria-Policy Note.

Rückfragen:

Mag. Ludwig Strohner

Leiter des Forschungsbereichs Öffentliche Finanzen

Tel.: 0664 8873 9626

Email: ludwig.strohner@ecoaustria.ac.at